

beiden Größen dürfte im letzten gerade keine Absage an die Wissenschaftsgläubigkeit der Vergangenheit sein, sondern eher deren Fortsetzung unter anderen Bedingungen: Die Zeit, in der Naturwissenschaften und Religion sich auszuschließen schienen, weil die Naturwissenschaften nur das als wirklichkeitsrelevant anerkannten, was mit ihren Parametern erfassbar war, geht zu Ende. Glaube und Religion entdeckten, daß sie irgendwie gearteter naturwissenschaftlicher „Beweise“ für die Richtigkeit dessen, was sie „Wahrheit“ nennen, nicht bedürfen. Wenn heute die Naturwissenschaften in Teilen entdecken, daß sie über weit mehr Parameter zur Wirklichkeitserfassung verfügen, als sie gestern glaubten, die obendrein gewisse Analogien mit religiösen Aussagen aufweisen, ändert sich aber für Glaube und Religion im Kern nichts. Die Wissenschaftsgläubigkeit von gestern war anti-religiös, die Wis-

senschaftsgläubigkeit von heute und morgen gibt sich mitunter besonders religiös – beiden gemeinsam ist, daß sie zwischen dem einen und dem anderen zuwenig unterscheiden.

Die Themen von Hannover werden jedenfalls auch die Kirchen weiterhin beschäftigen. Diesmal sind sie es, von denen Religions- bzw. Religiositätskritik erwartet wird. Ihre Karten in diesem Prozeß werden um so besser sein, je weniger sie sich im Stil apologetischen Selbstinteresses daran beteiligen. Die Zielperspektive wird vielmehr ein unpräntiöser, vernunftgeleiteter Umgang mit der Wirklichkeit sein müssen. Es könnte dann spannend werden. In der evangelischen Kirche von Hannover liegen die Termine, Themen und Referenten einer Vortragsreihe im September bereits fest. Überschrift: „Verarbeitung des Kongresses ‚Geist und Natur‘.“ *Klaus Nientiedt*

Zwischen Unruhe und Erschöpfung

Zur jüngsten Entwicklung in Polen

Die schlechte Beteiligung an den jüngsten Kommunalwahlen in Polen hat nochmals gezeigt, wie verbreitet in der Bevölkerung Unzufriedenheit mit der politischen und wirtschaftlichen Situation des Landes ist. Im folgenden Beitrag zieht Dieter Bingen eine Bilanz der Entwicklung der letzten Monate, ausgehend von den spontanen Streiks in zahlreichen Industriebetrieben im April und Mai. Sein Fazit: Jaruzelski bleibt nur noch wenig Zeit.

Warnsignale hatte es genug gegeben. Die polnischen Massenmedien und die Meinungsforschungsinstitute registrieren eine von Monat zu Monat zunehmende Unzufriedenheit und Zukunftsangst in weiten Kreisen der Bevölkerung. In der Presse ist die Rede von dem „Gefühl, von einer zivilisatorischen Degradation bedroht zu sein, dem Gefühl der Sinnlosigkeit und der Vergeldlichung des Bewußtseins“ (Polytika, Nr. 18 v. 30. 4. 88) – eine Folge des dramatischen Kaufkraftverlusts des Złoty. Die vorherrschende Gemütsverfassung sei Erschöpfung und Unruhe. Polen sei überhaupt ein erschöpftes Land geworden. Das sich in die Länge ziehende Warten auf Ergebnisse der Reformen, die Mängel und Sorgen im Alltag machten müde. Vor allem aber ermüde das Gefühl der Perspektivlosigkeit, konstatierte illusionslos die angesehene Wochenzeitung der regierenden Partei, die „Polytika“, vor kurzem (Nr. 20 v. 14. 5. 88).

Schwelende Unruhe

Ein alarmierendes Signal für die Warschauer Führung waren dann die Ereignisse von April und Mai. Die kritische finanzielle Lage in Millionen polnischer Haushalte als Folge der Preisanhebungen zwischen 40 und 200% bei Nahrungsmitteln und Energieträgern ließ die Stimmung

der Hoffnungslosigkeit an den bekanntesten und modernsten Industriestandorten rascher in offenen Protest umschlagen, als es die von den Ereignissen überraschte „Solidarność“-Leitung erwartet hatte.

In Polen gab es in den letzten Wochen zwar keinen Massenprotest, es waren nicht Millionen von Arbeitern, die streikten, sondern nur einige tausend. Aber die Lunte glimmt. In den letzten Monaten mehrten sich die Berichte über Arbeitsniederlegungen in polnischen Betrieben, die durch die Zusage von beträchtlichen Lohnerhöhungen als Teilrekompensationen für die vorhergehenden Preisanhebungen beendet werden konnten. Polen war auch in den letzten Jahren kein Land ohne Arbeitsniederlegungen, obwohl diese nicht als „Streiks“ an die breitere Öffentlichkeit gerieten. Oft genug konnten die Forderungen von Arbeitervertretern (Arbeiterräte, illegale „Solidarność“-Betriebsgruppen, offizielle Gewerkschaften) im direkten Gespräch mit den Betriebsdirektionen durchgedrückt werden. Im April und Mai erreichten die Zeichen des Unmuts eine neue Qualität. Sie griffen auf die bekanntesten Großbetriebe des Landes über, die in Polen und im Ausland seit Jahrzehnten mit der Industrialisierung des Landes und zugleich mit den zyklischen Krisen im Verhältnis zwischen „Arbeiterstaat“ und Arbeiterklasse assoziiert werden: die Lenin-Hütte in Nowa Huta bei Krakau, die Lenin-Werft in Danzig, das Ursus-Traktorenwerk bei Warschau.

Die Antwort der Warschauer Führung auf den Streik in der Lenin-Hütte war gewaltsame Niederringung durch die Sondereinheiten der Miliz. Möglicherweise wollte die Regierung ein Exempel statuieren, bevor die Streikbewegung sich in einen Flächenbrand ausweiten konnte. Sie

konnte sich auch die Uneinigkeit in der Streikführung, die Müdigkeit und Resignation der Arbeiter zunutze machen. Und in diesem Punkt liegt einer der entscheidenden Unterschiede zu der Streikbewegung von 1980. Damals wurden die Arbeiter von der Hoffnung getragen, durch Einigkeit und Solidarität landesweit und über alle Branchen hinweg eine starke Gewerkschaftsbewegung schaffen zu können, die unabhängig von der kommunistischen Partei die Interessen der Arbeiter vertreten könnte. Polen wurde 1980 noch von der Aufbruchstimmung nach dem Papstbesuch 1979 getragen. Es gab damals ein neues „Wir“-Gefühl. Die wirtschaftliche Lage war angespannt, aber um einiges besser, als sie heute ist. Dies und vieles andere hat sich in der Zwischenzeit geändert: „Solidarność“ ist als handlungsfähige Gewerkschaft zerschlagen worden. Das Kriegerrecht demonstrierte die Zerbrechlichkeit pluralistischer und demokratischer Strukturen und die Zerbrechlichkeit der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei als politischer Kraft. Der Lebensstandard der Polen ist seitdem kontinuierlich gesunken, Hoffnung auf absehbare Besserung der wirtschaftlichen Lage gibt es für die jungen Arbeiter nicht.

Vieles ist über die *junge Generation* in den vergangenen Jahren in Polen geschrieben worden, von Soziologen, Psychologen, Politikwissenschaftlern, von Publizisten. Sie alle prognostizierten, daß diese in Polen keine Zukunft mehr sieht. Die dramatischen Appelle der Regierung und der polnischen Bischöfe, im Lande zu bleiben, sind sichtbarster Ausdruck der Ratlosigkeit. Am 15. Februar veröffentlichte der gesellschaftliche Beirat beim polnischen Primas ein Dokument über die „Emigration junger Polen“, in dem die seit mehreren Jahren zusehends stärkere Tendenz zur Emigration in den Westen, vor allem auch in die Bundesrepublik einschließlich West-Berlins analysiert wird.

Zu dieser Generation gehören die jungen Arbeiter, die in Danzigs Lenin-Werft aufs Ganze gehen wollten und gesellschaftspolitische Forderungen (u. a. Wiedezulassung einer Betriebs-„Solidarność“) stellten, die von General Jaruzelski derzeit nicht erfüllt werden können. Die Kunst des Kompromisses ist in den vergangenen Jahrzehnten in Polen von Regierung und Partei so oft kompromittiert worden, daß die Nach-„Solidarność“-Generation sie nur noch als eine „faule Kunst“ ansieht.

Die Regierung im Zwiespalt

Der polnischen Führung wiederum war an einer neuen offenen Konfrontation nicht gelegen: Sie signalisierte den Streikenden in Danzig Anfang Mai eine gewisse Kompromißbereitschaft. Dies war auch aus anderen politisch-taktischen Gesichtspunkten angesagt. Die katholische Kirche war eine Woche zuvor in Nowa Huta desavouiert worden. Regierung und Betriebsleitung hatten nämlich vor Stürmung des Betriebsgeländes einer Vermittlung durch zwei Abgesandte der Kirche zugestimmt. Der Episkopat hatte sich beim Ausbruch des „wildem“ Streiks auf-

fallend zurückgehalten. Womöglich wollte er sich erst vergewissern, wer hinter den Streiks stand. Die Kirche kann ihren guten Namen und ihre Autorität nicht leichtsinnig durch unbedachte Einmischung im Sinne von Vermittlungsbemühungen zwischen Kontrahenten, die sie nicht kennt, aufs Spiel setzen. Andererseits kann eine nachhaltige Brückierung der polnischen Kirche nicht im Interesse von General Jaruzelski liegen. Dieser hat Gegner genug und ist auf die moderierende Rolle der Kirche angewiesen, die einen Aufruhr verhindern soll. Er darf deren Autorität nicht leichtfertig in Zweifel ziehen lassen, zumal die seit Jahren laufenden Verhandlungen über den Rechtsstatus der Kirche und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Polen und dem Vatikan in absehbarer Zeit abgeschlossen werden sollten.

Die Verärgerung über die Reformunfähigkeit der Warschauer Führung war der höchsten moralischen Autorität des Landes, Papst Johannes Paul II., anzumerken, als er auf dem Flug nach Montevideo sich demonstrativ auf die Seite der Streikenden stellte und einen Systemwandel in Polen forderte. Dies geschah jetzt noch deutlicher als während des letzten Papstbesuchs im Sommer vergangenen Jahres in Polen selbst, als sich der Papst in Danzig ausdrücklich für die Ziele der Gewerkschaft „Solidarność“ einsetzte. Der Papst ergriff eindeutig Partei, während die Polnische Bischofskonferenz im Kommuniqué der 227. Plenarsitzung vom 3. Mai zwar volles Verständnis für den Protest der Arbeiter zeigte, zugleich aber die Notwendigkeit redlicher Arbeit unterstrich – allerdings mit dem wichtigen Zusatz, es müßten strukturelle Veränderungen im Wirtschaftssystem stattfinden, und die Gesellschaft müßte ihre Interessen in von ihr getragenen Organisationen vertreten können.

Bei einem ersten Bilanzversuch nach dem Ende der „wildem“ Streiks sieht man jedoch auf der ganzen Linie nur Verlierer.

1. Das Liberalisierungskonzept Jaruzelskis nach dem Motto „Laßt 100 Blumen blühen“ (verhindert aber, daß sie Früchte tragen, also, daß aus Liberalisierung politische Demokratisierung wird) droht zu scheitern. Die zahlreichen neu geschaffenen Konsultationsgremien sind kein funktionsfähiger Ersatz für Demokratisierung des politischen Systems, d. h. für die Aufgabe des politischen Machtmonopols einer Partei.

2. Der jetzigen Equipe wird bewiesen, daß eine Wirtschaftsreform mit kaum tragbaren wirtschaftlichen und sozialen Belastungen ohne eine politische Reform nicht möglich ist. Die von der Jaruzelski-Führung verfolgte Strategie, sich eine eigene Opposition im Sinne von parteiloyalen Gewerkschaften zu schaffen, ist weitgehend gescheitert.

3. Die Führung ist im Begriff, die letzte Chance zu vertun, mit der sogenannten gemäßigten Opposition und der „Solidarność“-Führung von 1980/81 einen „historischen Kompromiß“ zu schließen, der ihr die politische Macht für absehbare Zeit sichert und allein die gesellschaftliche Akzeptanz der Wirtschaftsreform ermöglichen könnte.

4. Die Entstehung, Entwicklung und Beendigung der Streikbewegung bedeutete – zumindest kurzfristig – eine Niederlage für die „Solidarność“ und ihre Berater und Anhänger der demokratischen Opposition. Die vorherrschende Gemütsverfassung der Bevölkerung ist nicht nur ein Problem für die politische Führung. Auch die „Solidarność“ und die politische Opposition müssen sich darauf einrichten.

Im Osten Ansehensverlust, im Westen Zweifel

Die polnische Parteiführung als der demonstrativste Verbündete von Gorbatschows Politik der Perestroika erscheint im Frühjahr 1988 zugleich auch als das *schwächste Glied* in der Kette der Warschauer-Pakt-Länder. Die Unruhen in Polen können von den innenpolitischen Gegnern Gorbatschows als willkommenes Argument gegen zuviel Glasnost und Perestroika benutzt werden. Auch aus diesem Grund war es verständlich, daß Jaruzelski die Streikbewegung so rasch wie möglich liquidieren lassen wollte. Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, daß die Regierenden in Polen mit Hinweis auf die Perestroika in der Sowjetunion gegen die Streikenden teilweise mit Gewalt und prinzipiell mit politischer Intransigenz vorgingen. Es ist fast tragisch, daß Jaruzelski Gorbatschow mit einer Politik helfen will, die in Polen als Defizit an Perestroika, an politischer Reform interpretiert wird.

Möglicherweise wurde in Polen ein *dramatisches Mißverständnis* exemplifiziert, das bei einem Vergleich der sowjetischen Perestroika mit der Jaruzelskischen Politik der „sozialistischen Erneuerung“ entstehen kann. In Polen kommt der Demokratisierungsdruck von unten, in der Sowjetunion geht die „Perestroika“ von oben aus. *Lech Wałęsa*, *Adam Michnik* und andere hoffen auf Michail Gorbatschow und die Ausstrahlungskraft der Veränderungen in der Sowjetunion, während gleichzeitig die sowjetischen Medien die Jaruzelski-Politik gegenüber der politischen Opposition in Polen unterstützen, die dieser Opposition zwar Glasnost verschafft, aber bisher eine konsequente Perestroika im Sinne von Machtteilung verhindert hat.

Die letzten Ereignisse in Polen zeigen ein politisches Desaster für die Jaruzelski-Politik gegenüber dem Westen an. Das mühsam aufgebaute Bild eines sich stabilisierenden Landes im Zeichen einer sozialistischen Erneuerung ist zusammengefallen. Die gegenwärtige Führung erscheint entgegen früheren Erwartungen als politisch kurzfristig und bewegungsunfähig.

Die Zweifel an der Realisierung des Wirtschaftsreformkonzepts der polnischen Regierung sind jetzt im Westen noch größer geworden. Die psychologische Ausgangslage für neue Engagements in Polen hat sich in den letzten Wochen verändert. Die Sondervollmachten der Regierung, die am 11. Mai im Sejm beschlossen wurden, erscheinen vielen als der Versuch, Teufel mit Beelzeub auszutreiben, d. h. mit Rezentralisierung und Direktiven die Gesetze des Marktes durchsetzen zu wollen.

Andererseits ist dem Westen deutlich gemacht worden, wie sehr Polen auf westliche Wirtschaftshilfe und finanzpolitisches Entgegenkommen angewiesen ist, ohne das der weitere wirtschaftliche Niedergang des Landes nicht aufgehalten werden kann.

Die Ursachen für die fehlenden Erfolge in der Wirtschaftsreform liegen jedoch nicht im bösen Willen oder im Desinteresse des Westens, sondern im Dilemma monopolistischer Herrschaft im Realsozialismus, der keinen Ausweg aus der wirtschaftlichen und politischen Krise findet, solange nicht das Monopol der Politik in der Wirtschaft aufgegeben wird. Vieles scheint darauf hinzudeuten, daß der polnischen Führung unter General Jaruzelski nur noch wenig Zeit bleibt, der eigenen Bevölkerung zu beweisen, daß sie es mit der Wirtschaftsreform und politischen Reformen ernst meint, das heißt, in der sog. Kaderpolitik für Positionen in Wirtschaft und Gesellschaft eine radikale Neubewertung vornimmt (vgl. *Marek Henzler*, *Drabina*. *Monokultura Kadrowa* nie daje dobrych rezultatów, in: *Polityka*, v. 14. 5. 88) und den über 95% Nichtkommunisten signalisiert, daß ihre Mitverantwortung gefragt ist. Aufgeschreckt von den Streiks, verspricht die Warschauer Führung jetzt eine Ausweitung des politischen Dialogs und bietet einen „Antikrisenpakt“ an. Einen Pakt können aber nur gleichberechtigte Partner miteinander schließen, und dieser Einsicht haben sich Polens Regierende bisher verschlossen. *Dieter Bingen*

Kurzinformationen

Im Konsistorium vom 28. Juni ernannte der Papst 25 neue Kardinäle.

Im 4. Konsistorium seines Pontifikats, das Johannes Paul II. für den 28. Juni einberief, ernannte der Papst 25 neue Kardinäle. Die Namen der Neuernannten (in alphabetischer Reihenfolge): *Hans Urs von Balthasar* (Basel); *Edward Bede Clancy*, Erzbischof von Sydney; *Giovanni Canestri*, Erzbischof von Genua; *José Freire Falcão*, Erz-

bischof von Brasilia; *Angelo Felici*, bisher Nuntius in Paris; *Michele Giordano*, Erzbischof von Neapel; *Paul Grégoire*, Erzbischof von Montréal; *Hans Hermann Groer*, Erzbischof von Wien; *Franz Hengsbach*, Bischof von Essen; *James Aloysius Hickey*, Erzbischof von Washington; *Antonio Maria Javierre Ortas*, bisher Sekretär der Kongregation für das katholische Bildungswesen; *Jean Margéot*, Bischof von Port-Louis (Mauritius); *Jacques Martin*, früherer „Vorsteher des Päpstlichen Hauses“; *Eduardo Mar-*